

Ist das sozial gerecht?

Einkommen von Spitzenmanagern als ethischer Casus in der Oberstufe des Gymnasiums

von Harmjan Dam

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird in Deutschland immer größer. Schon in den 90er Jahren hat Ulrich Beck auf diese Entwicklung zur 2/3 Gesellschaft hingewiesen. Die OECD hat berechnet, dass das Einkommen des ärmsten Zehntel der deutschen Bevölkerung seit 1985 nicht gestiegen ist, während das Einkommen des oberen Zehntels in der gleichen Zeit um 43% zugenommen hat. Auch der Unterschied zwischen dem Durchschnittslohn der Beschäftigten und der Vorstände ist in den letzten 20 Jahren erheblich größer geworden. Vor allem durch Kapitalgeschäfte vermehrt sich das Vermögen der Reichsten überproportional. Dieses Wachstum entspricht der Eigenlogik des Geldes, wird aber staatlich immer weniger durch adäquate Steuern korrigiert. Der Frankfurter Soziologe Sighard Neckel spricht darum vom »neuen Geldadel« und von »Re-Feudalisierung«. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich wird von vielen als sozial ungerecht empfunden.

Dr. Winterkorn als Beispiel

Das Thema »Soziale Gerechtigkeit« ist neben Medizinethik und Ökologie eins der ethischen Schwerpunktthemen im Oberstufenkurs Q2. Im Unterricht kann diese Thematik exemplarisch am Einkommen eines Spitzenmanagers erklärt werden. Hier bietet sich das Beispiel Dr. Martin Winterkorn, Vorstandsvorsitzender von Volkswagen, an, weil es rechtlich unbedenklich ist (siehe Pt 2 auf dem Arbeitsblatt). Der Unterricht kann mit diesem Blatt gestaltet werden und folgt den fünf Schritten von Eduard Tödt um zu einem ethischen Urteil zu kommen (vgl. Oberstufenbuch Religion, Cornelsen, S. 342). Als weiterer Hintergrund für die Debatte um Schritt 4 und 5 folgen hier noch einige Hintergrundinformationen.

Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit

In den Religionen und auch im Christentum wird Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit betont. Im AT finden wir in den Zehn Geboten die Weisung nicht zu stehlen, und nicht das Haus des Nächsten zu begehren (Ex 20). Auch gibt es viele Regelungen gegen Verschuldung (Dtn 15). Im NT finden wir in Mt 20,1-16 das Gleichnis der Arbeiter im Weinberg: Im Reich Gottes bekommen alle, was sie zum Leben brauchen. Die Beispielerzählung in Lk 18,18-30 bestätigt dies. Auch mit der Gottebenbildlichkeit und der daraus abgeleiteten gleichen Würde aller Menschen kann aus christlicher Sicht die Einkommensgleichheit begründet werden. Damit ist nicht gesagt, dass ein Großverdiener ein schlechter Mensch ist, aber jeder muss sein Einkommen und Vermögen seinem Gewissen (Gott und den Mitmenschen) gegenüber verantworten.

Die Verteilungsgerechtigkeit kann auch nicht-religiös begründet werden: Ich habe weder meinen Geburtsort, noch mein Geschlecht, noch die Familie, in der ich geboren wurde, selbst gewählt. Wie John Rawls auf dieser Basis weiter argumentiert, ist auf der M-Seite kurz ausgeführt.

Auch aus sozial-politischer Sicht kann für mehr Gleichheit argumentiert werden. Schon bei Adam Smith gilt, dass der Staat (res publica) durch gesetzliche Regelungen die Gier des Einzelnen eindämmen muss. Die Untersuchungen des Britischen Professors Dr. Richard Wilkinson bestätigen dies. Er hat festgestellt, dass im internationalen und historischen Vergleich in einer Gesellschaft, in der die Ungleichheit wächst, die Kriminalität zu und die Lebenserwartung abnimmt: »Dänemark ist besser als Amerika«.

Und was meinen Sie, Herr Dam?

Auch wenn wir gern als Lehrkräfte zum »Einerseits – Andererseits« neigen, sind Schüler damit nicht zufrieden. Sie fragen dann: »... und was meinen Sie, Herr Dam?« In diesem Fall gebe ich folgende Antwort:

Ich bin davon überzeugt, dass Herr Winterkorn sein Jahresgehalt von 2011 nicht einfach in die eigene Tasche stecken sollte. Ein derartiges Gehalt kann nicht der Leistung eines Einzelnen entsprechen. Die getroffene Boni-Regelung war nicht richtig. Ich argumentiere hier »prinzipienethisch«: ein Jahreseinkommen von 17,5 Millionen verstößt gegen das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit. Ich empfehle Herrn Dr. Winterkorn, mit dem Geld seiner Boni eine Stiftung für Soziale Gerechtigkeit zu gründen, die sich weltweit für mehr Verteilungsgerechtigkeit einsetzt.

Aber ich sehe auch den Staat stärker in der Pflicht. Um in Deutschland und in der Welt auf längere Sicht den sozialen Frieden zu garantieren, muss es mehr soziale Gerechtigkeit geben und muss die Kluft zwischen Arm und Reich verringert werden. Hier argumentiere ich »verantwortungsethisch«: Der Staat hat die Aufgabe, gesetzliche Regelungen zu treffen, um die Eigenlogik des Geldes zu steuern und die Gier einzudämmen. Der Spitzensteuersatz muss erhöht werden. Dieser war in den 90er Jahren unter Bundeskanzler Kohl noch 56%, heute ist er 42%. Vermögen und Kapitalgewinne müssen höher besteuert werden. Wer mehr hat, muss mehr für das Gemeinwohl, die res publica, leisten.

Literatur

Fritz Reheis, Wo Marx Recht hatte. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2011
Stern 13/2012 (März), S. 34-44.
Frankfurter Rundschau, 24./25. 3. 2012. S. 16-17

Casus: Sind € 17,5 Mio. als Jahresvergütung 2011 für Dr. Martin Winterkorn, Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG, gerecht?



1. Bestimmung eines Problems als ethische Herausforderung

So sah die Gehaltsberechnung von Dr. Winterkorn in Jahr 2011 aus:

Grundgehalt	€ 1.886.206
Boni für die Geschäftsentwicklung 2009-2011	€ 15.570.000
<hr/>	
Vergütung 2011	€ 17.456.206
Zu versteuerndes Bruttoeinkommen 2011	€ 13.785.170
Einkommenssteuer (geschätzt)	€ 6.171.922
Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag (geschätzt)	€ 894.929
<hr/>	
Netto Einkommen 2011	€ 6.718.319

QUELLE: NACH STERN 13/2012

2. Situationsanalyse

Im Jahr 2011 hat Volkswagen sehr viele Autos verkauft und einen Rekordgewinn gemacht. Der Absatz von Volkswagen stieg seit 2007 von 6,2 auf 8,4 Mio. Autos pro Jahr, dies wirkt sich aus auf die Boni. Die Gehaltsberechnung des für 500.000 Arbeitnehmer weltweit zuständigen Vorstandschefs wurde mit dem Betriebsrat ausgehandelt, der zu einem hohen Prozentsatz in der Gewerkschaft IG-Metall organisiert ist. Sein Gehalt ist somit rechtlich einwandfrei.

Andererseits verdient ein Maschinenschlosser, der bei VW am Fließband steht, ca. € 40.000,- brutto pro Jahr, das ist 350 Mal weniger als Winterkorn. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von VW in Deutschland bekamen 2011 eine Gewinnbeteiligung von 10 %, das sind € 7500,-. Dieser Unterschied, den es auch in vielen anderen Betrieben gibt, wird von vielen Arbeitnehmern als sozial ungerecht empfunden.

3. Sammlung von Handlungsoptionen

Bilden Sie Kleingruppen von fünf Personen und überlegen Sie gemeinsam die nächsten 3 Schritte, um zu einem ethischen Urteil zu kommen:

Welche Möglichkeiten sehen Sie für Winterkorn, für die Belegschaft und für die Gesellschaft, um auf den Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit zu reagieren? Zum Beispiel:

- Winterkorn muss nichts machen, er hat es ehrlich erworben.
- Das Verhältnis zum Gehalt der Arbeiter ist ungerecht; die Berechnung muss neu ausgehandelt werden.
- Das hohe Gehalt ist moralisch schwierig. Er soll Geld in einen Fonds geben für schlechteren Zeiten. Usw.

4. Prüfung von Normen und Werten

Hier finden Sie einige Aussagen, die Ihnen helfen können bei der ethischen Urteilsbildung:

- Laut Umfragen finden 80 % der Deutschen die Unterschiede zwischen Arm und Reich ungerecht.
- In Deutschland gibt es einen neuen »Geldadel«. 10 % der Bevölkerung verfügt über 66 % des Vermögens. Vor allem durch Kapitalgeschäfte vermehrt sich das Vermögen der Reichen überproportional. S. Neckel: »Die Oberschicht legitimiert sich durch Gewinn, nicht mehr durch Leistung.«
- Der Gewinn eines Konzerns ist der Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken. Manager haben zwar längere Arbeitszeiten und mehr Verantwortung und damit das Recht auf eine höhere Vergütung, aber der Unterschied zu den Arbeitern (»Maschinenschlosser«) darf nicht zu groß sein.
- In den Religionen, auch im Christentum wird Verteilungs- und Bedürfnisgerechtigkeit betont (Ex 20, Dtn 15,

Mt 20,1-16). In Lukas 18,18-30 fragt ein reicher Mann, was er tun muss, um ein Leben in Fülle zu haben. Er habe alle Gebote Gottes gehalten. Jesus fordert ihn auf, seinen Besitz zu verkaufen. Darauf wurde er sehr traurig. »Wie schwer haben es reiche Leute, in die neue Welt Gottes zu kommen.«

- Wenn Menschen nicht wissen, ob sie nach ihrer Geburt zu den Schwachen oder Starken, Reichen oder Armen gehören, sind sie dafür, dass jeder die gleichen Chancen hat. Darum darf, wer mehr leistet, mehr bekommen, aber nur so viel, wie es den Schwächsten nutzt. (John Rawls)
- »In einer Gesellschaft, in der die Ungleichheit wächst, nimmt die Kriminalität zu und die Lebenserwartung ab.« (Richard Wilkinson)
- Der Staat hat die Aufgabe, gesetzliche Regelungen zu treffen, um die Eigenlogik des Geldes zu steuern und die Gier einzudämmen. Wer mehr hat, muss mehr zur res publica beitragen.

5. Ein Urteil fällen

Beantworten Sie die Eingangsfrage und entscheiden Sie sich begründet für eine Handlungsoption.